



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
**Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI**

Weiterbildungsgesetz

Michael Peter, Leiter Ressort Recht



Rückblick parlamentarische Beratung

**Verabschiedung
Botschaft durch BR**
15.05.2013

**Behandlung im
Erstrat (NR)**
10./11.12.2013

**Behandlung im
Zweitrat (SR)**
05.03.2014

**Differenz-
bereinigung NR**
18.03.2014

**Differenz-
bereinigung SR**
05.06.2014

**Differenz-
bereinigung NR II**
12.06.2014

Schlussabstimmung
20.06.2014

2. Abschnitt: Grundsätze

Art. 5 Verantwortung

Art. 5

Mehrheit

Minderheit (Trede, Aebischer Matthias, Aubert, Jositsch, Maire Jacques-André, Neiryndck, Reynard, Vischer Daniel)

¹ Der einzelne Mensch trägt die Verantwortung für seine Weiterbildung.

¹ Der einzelne Mensch, der Arbeitgeber und die öffentliche Hand tragen die Verantwortung für die Weiterbildung.

Mehrheit	Minderheit I (Jositsch, Aebischer Matthias, Aubert, Bulliard, Maire Jacques-André, Quadranti, Reynard, Riklin Kathy, Trede, Vischer Daniel)	Minderheit II (Jositsch, Aebischer Matthias, Aubert, Maire Jacques-André, Reynard, Trede, Vischer Daniel)	Minderheit III (Maire Jacques-André, Aebischer Matthias, Aubert, Bulliard, Jositsch, Neiryndck, Quadranti, Reynard, Riklin Kathy)	Minderheit IV (Trede, Aebischer Matthias, Aubert, Jositsch, Maire Jacques-André, Reynard, Vischer Daniel)	Minderheit V (Schilliger, Grin, Herzog, Keller Peter, Mörgeli, Muri, Pezzatti, Stahl, Wasserfallen, Wobmann)
----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------

² Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber begünstigen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

² Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

² Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber begünstigen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie unterstützen die regelmässige berufliche Standortbestimmung ihrer Mitarbeitenden.

² Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber begünstigen bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Weiterbildung und den Erwerb von Grundkenntnissen.

² Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unabhängig ihres Beschäftigungsgrades. Sie sorgen insbesondere dafür, dass diese Arbeit und Bildung vereinen können.

² Streichen

³ Bund und Kantone tragen in Ergänzung zur individuellen Verantwortung und zum Angebot Privater dazu bei, dass sich Personen ihren Fähigkeiten entsprechend weiterbilden können.

Mehrheit Minderheit I (Herzog, Grin, Keller Peter, Muri, Stahl, Wobmann)

Minderheit II (Trede, Aebischer Matthias, Aubert, Jositsch, Maire Jacques-André, Reynard, Steiert, Vischer Daniel)

⁴ Sie regeln die Weiterbildung, soweit die Erfüllung ihrer Aufgaben dies erfordert.

⁴ Sie regeln die Weiterbildung subsidiär, soweit die Erfüllung ihrer Aufgaben dies erfordert.

⁴ Bund und Kantone bieten ein Angebot zur Weiterbildung an, welches die Integration und den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt begünstigt.

Mehrheit Minderheit (Quadranti, Aebischer Matthias, Aubert, Jositsch, Maire Jacques-André, Neiryndck, Reynard, Trede, Vischer Daniel)



Art. 5 Verantwortung

- ¹ Der einzelne Mensch trägt die Verantwortung für seine Weiterbildung.
- ² Die öffentlichen und die privaten Arbeitgeber begünstigen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- ³ Bund und Kantone tragen in Ergänzung zur individuellen Verantwortung und zum Angebot Privater dazu bei, dass sich Personen ihren Fähigkeiten entsprechend weiterbilden können.
- ⁴ Sie regeln die Weiterbildung, soweit die Erfüllung ihrer Aufgaben dies erfordert.



Art. 9 Wettbewerb

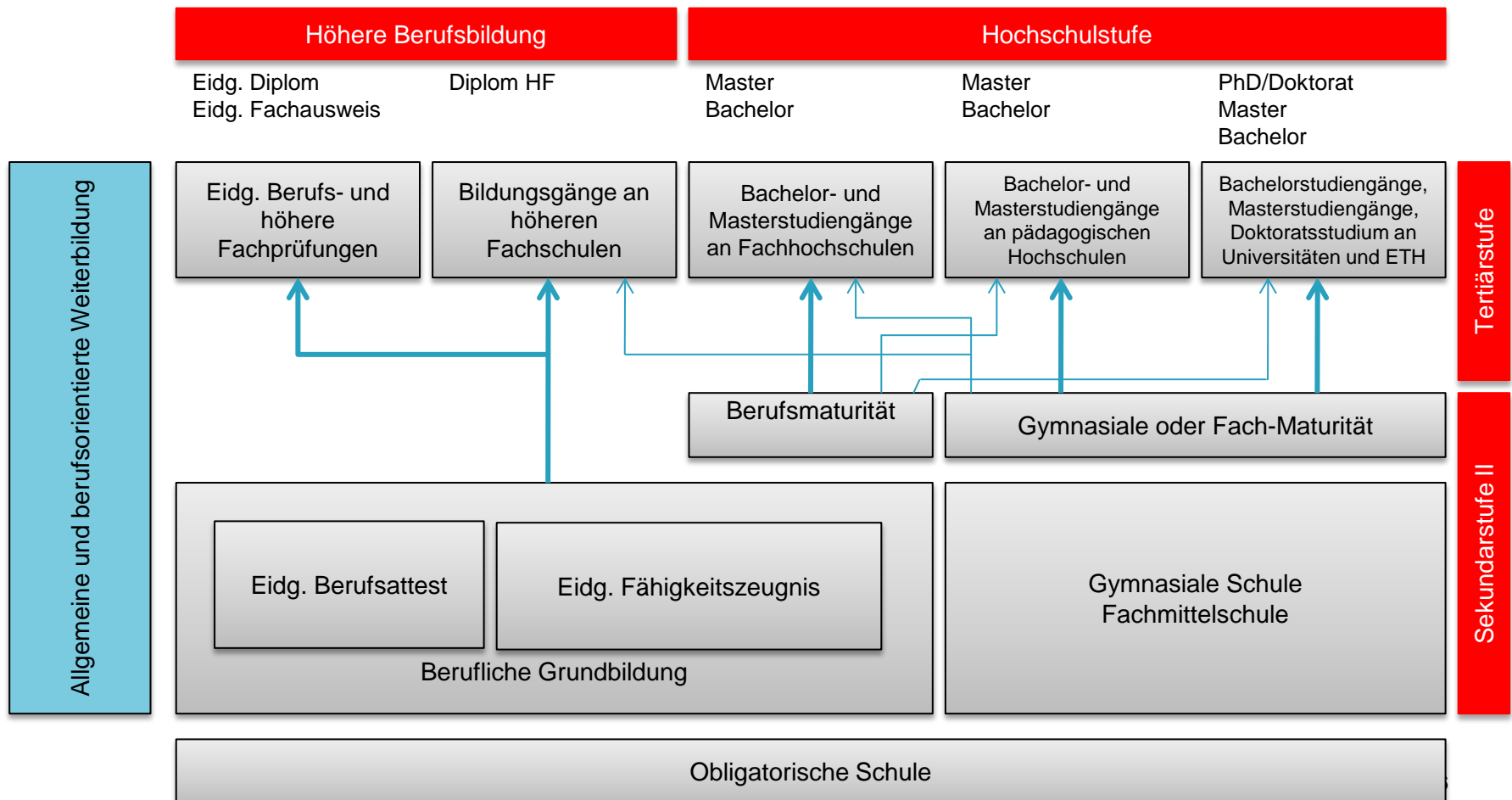
- ¹ Die staatliche Durchführung, Förderung oder Unterstützung von Weiterbildung darf den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.
- ² Sie beeinträchtigt den Wettbewerb nicht, wenn die Weiterbildung unter Berücksichtigung der Qualität, Leistung und Spezialität
 - a. zu mindestens kostendeckenden Preisen angeboten wird;
oder
 - b. nicht im Wettbewerb mit privaten, nicht subventionierten Angeboten steht.
- ³ Beeinträchtigungen des Wettbewerbs sind zulässig, sofern sie durch ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt sind, verhältnismässig sind und auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen.



Bildungssystem der Schweiz

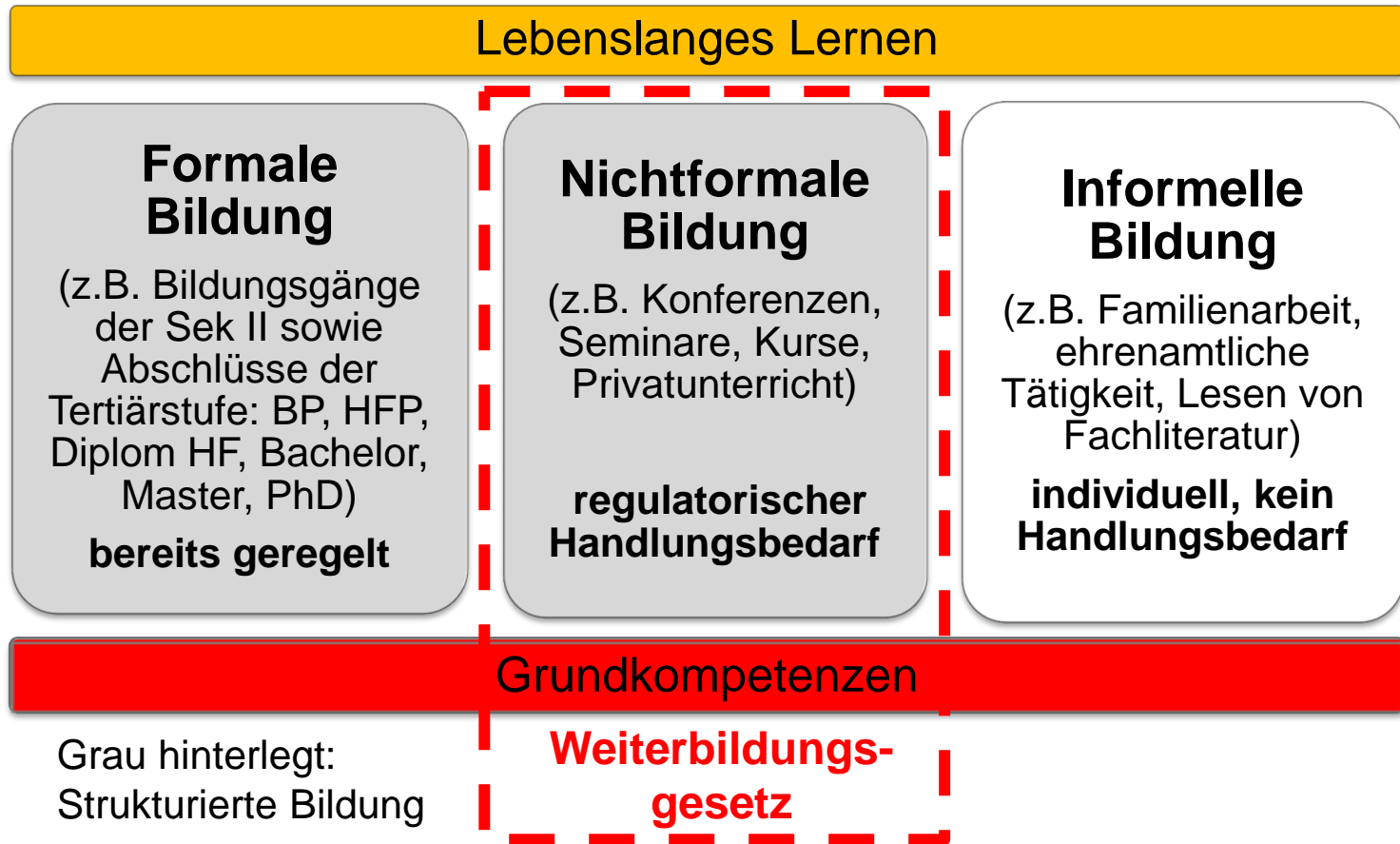
Nicht formale
und informelle
Bildung

Formale
Bildung





Regelungsgegenstand



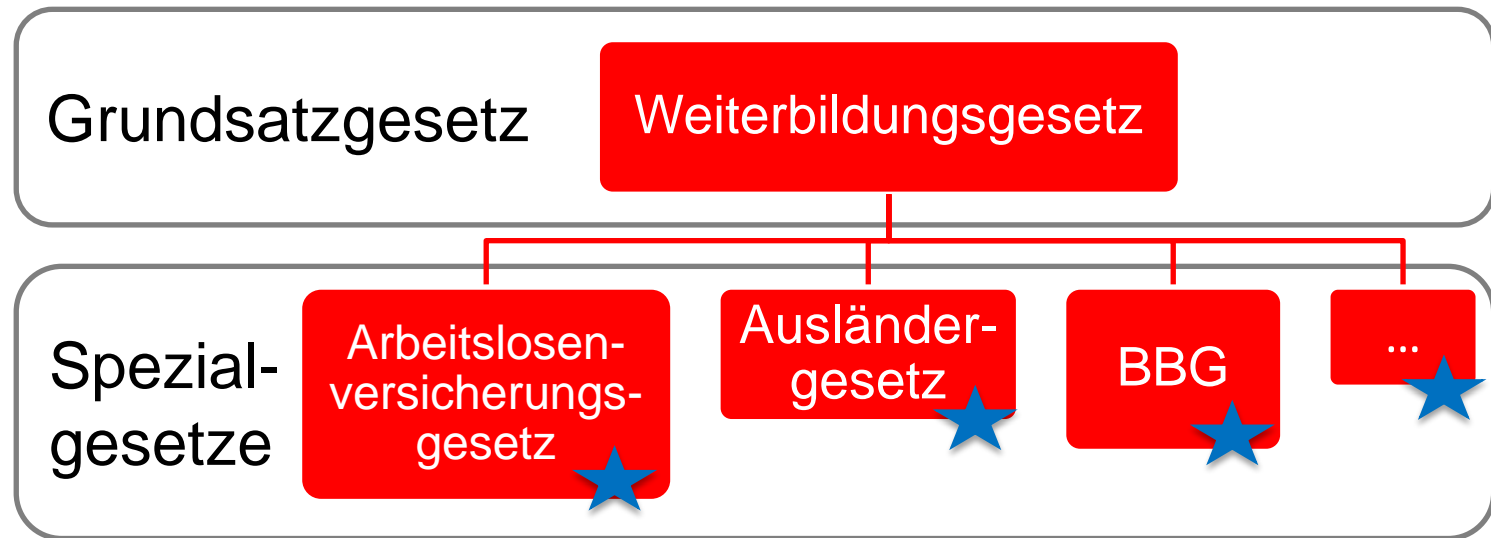


Was bringt das WeBiG?

- Einheitliche «Sprache»
- Einordnung der Weiterbildung in den Bildungsraum
- Grundsätze als Orientierungsrahmen für die Weiterbildung
- Gesetzliche Möglichkeiten zur Erforschung und Entwicklung der Weiterbildung
- Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen Erwachsener
- Statistik und Monitoring



Grundsatzgesetz – Spezialgesetze

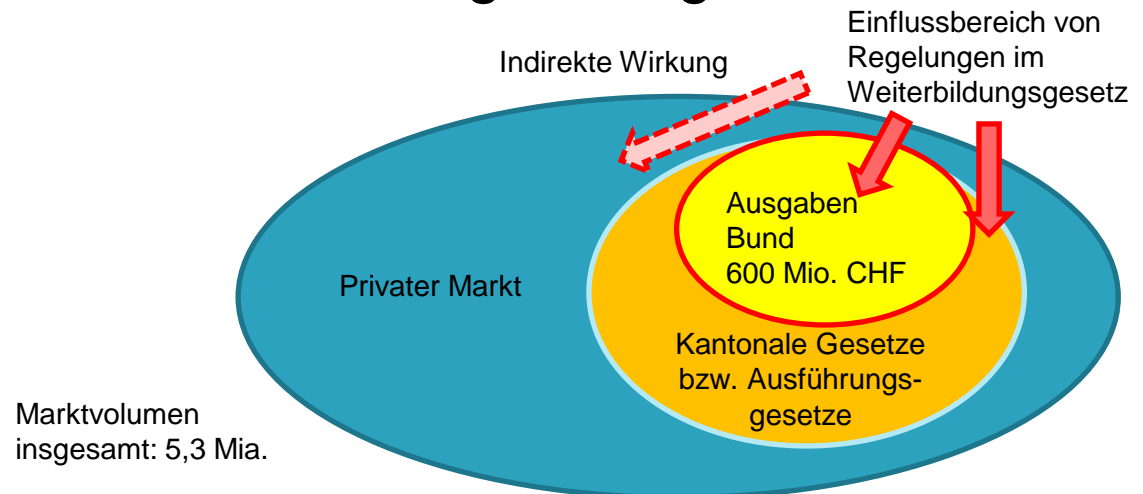


★ Fördertatbestand



Ziele des WeBiG (Art. 4)

- Initiative der Einzelnen unterstützen
- Allen Personen die Teilnahme an Weiterbildung ermöglichen
- Arbeitsmarktfähigkeit Geringqualifizierter verbessern
- Günstige Rahmenbedingungen für die Anbieter schaffen
- Koordination von Bund und Kantonen sicherstellen
- Internationale Entwicklung verfolgen





5 Grundsätze (Art. 5 – 9)

- Verantwortung
- Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung
- Anrechnung von Bildungsleistungen an die formale Bildung
- Verbesserung der Chancengleichheit
- Wettbewerb



Grundsätze als Orientierungshilfe für Umsetzung von Spezialgesetzen (1)

Beispiel:

Art. 6 Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung

Abs. 3: in von Bund und Kantonen geregelter und unterstützter Weiterbildung hat die Qualitätssicherung mindestens folgende Bereiche zu umfassen:

- Information,
- Qualifikation der Ausbildenden,
- Lernprogramme sowie
- Qualifikationsverfahren

> Spezialgesetze können so notwendig Anforderungen für den jeweiligen Bereich spezifizieren.

Abs. 1: Verantwortung für die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung liegt bei Anbieterinnen und Anbietern.



Grundsätze als Orientierungshilfe für Umsetzung von Spezialgesetzen (2)

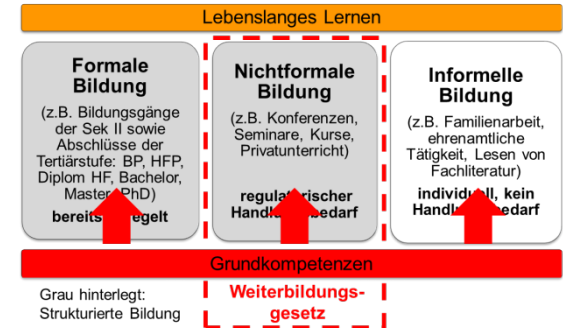
Beispiel:

Art. 7 Anrechnung von Bildungsleistungen an die formale Bildung

Bund und Kantone – in Zusammenarbeit mit den ausbildungs- und prüfungsrelevanten Stellen – verankern in ihrer Bildungsgesetzgebung bzw. den entsprechenden Bildungserlassen den Grundsatz der Anrechenbarkeit von Bildungsleistungen, bezeichnen Rechtswege sowie Organe, die die Kriterien für die Anrechenbarkeit festlegen und für die Transparenz sorgen.



Grundkompetenzen Erwachsener (Art. 13 – 16)



- Unzureichende Grundkompetenzen versperren vielen Menschen den Zugang zum lebenslangen Lernen
- Grundkompetenzen Erwachsener: grundlegende Kenntnisse in Lesen, Schreiben und mündliche Ausdrucksfähigkeit in einer Landessprache, Alltagsmathematik und in der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- Grundkompetenzen Erwachsener ist die bildungspolitische Antwort auf die Probleme des Illettrismus (Transfer vom Kulturförderungs- ins Weiterbildungsgesetz)



Erforschung und Entwicklung der Weiterbildung (Art. 11 – 12) Statistik und Monitoring (Art. 18 – 19)

- Ressortforschung des Bundes
- Beiträge an gesamtschweizerische Organisationen der Weiterbildung
- Statistik
- Monitoring



Änderung anderer Erlasse (Anhang)

- Vereinheitlichung der Terminologie ohne materielle Auswirkungen
- Anpassungen in der Terminologie mit materiellen Auswirkungen sind im Rahmen der Revision der Spezialgesetzgebung zu prüfen. z.B. Terminologie im Medizinal- und Psychologieberufsbereich
- Materielle Anpassungen an Grundsätze sind im Rahmen der Revision der Spezialgesetzgebung zu prüfen.



Was regelt die Verordnung?

Was regelt die Verordnung nicht?

Geregelt werden:

- Ausführungsbestimmungen zum 4. und 5. Abschnitt.

Nicht weiter geregelt werden:

- Grundsätze